

# WIRTSCHAFT

LIECHTENSTEINER VATERLAND

DIENSTAG, 6. DEZEMBER 2011 **37**

## Ahead erhält ersten Europapass

*Vaduz.* – Der Liechtensteiner Finanzdienstleister Ahead Wealth Solutions hat als erste Fondsgesellschaft im Land den sogenannten Europa-Pass erhalten. Die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein habe Ahead Wealt Solutions die Zulassung nach dem neuen Wertpapiergesetz erteilt, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Damit kann der Finanzdienstleister Anlagefonds in allen 30 Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) gründen und verwalten. Im Rahmen des Zulassungsprozesses hat das Unternehmen auch die Geschäftsleitung auf vier Personen erweitert. Der Finanzdienstleister verwaltet über 70 Anlagefonds mit einem Vermögen von rund 500 Millionen Franken. (ps)

## Stadler Rail winkt Grossauftrag

*Bussnang.* – Der Ostschweizer Schienenfahrzeug-Hersteller Stadler Rail hat sich für die Lieferung von neuen Triebzügen für den deutschen Regionalverkehr in eine gute Ausgangslage gebracht. Stadler Rail hat zusammen mit zwei anderen Anbietern einen Vertrag mit der Deutschen Bahn unterzeichnet. Dabei geht es um die Lieferung von bis zu 400 Regionaltriebzügen im Wert von 2 Milliarden Euro. Die Anbieter verpflichten sich, die geforderten Fahrzeuge bei Bedarf zu liefern. Allerdings werden die konkreten Aufträge erst später unter den drei Herstellern vergeben. (sda)

## HSBC hat Senioren falsch beraten

*London.* – Die britische Grossbank HSBC muss Millionen an Strafe und Entschädigungen zahlen, weil sie ältere, pflegebedürftige Kunden falsch beraten hat. HSBC habe fast 2500 älteren Menschen «unpassende» Produkte verkauft, teilte die britische Bankenaufsicht mit. Die Anleihen waren vor allem an Senioren verkauft worden, die ihre Pflege finanzieren wollten. (sda)

# Im Eiltempo aus der Eurokrise

**Deutschland und Frankreich wollen die Budgets der 27 EU-Staaten stärker kontrollieren. Und wenn England nicht mitspielt? Dann sollen die 17 Euroländer allein handeln.**

Von Stefan Brändle

*Paris.* – Nach wochenlangen Verhandlungen hinter verschlossener Tür und per Handy haben sich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy auf gemeinsame Budgetregeln für die EU geeinigt. Jetzt soll alles blitzschnell gehen: «Unser Wille ist es, mit voller Kraft voranzugehen, um das Vertrauen in den Euro und die Eurozone wieder herzustellen. Wir haben keine Zeit», begründete der französische Präsident das forsche Tempo, das er zusammen mit der deutschen Kanzlerin anschlägt. Morgen will das Führungspaar dem europäischen Ratspräsidenten Herman van Rompuy die ausformulierten Vorschläge vorlegen. Bis am Freitag, wenn in Brüssel der nächste EU-Gipfel ansteht, haben dann die übrigen EU-Mitglieder Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

«Die Dinge liegen klar», meinte der französische Staatschef gestern bei einer gemeinsamen Medienkonferenz im Elysée-Palast: «Es wird so schnell wie möglich gehandelt, und zwar auf Basis dieser Übereinkunft zwischen Frankreich und Deutschland, und dann auch mit den anderen.»

### Anpassungen am Lissabon-Vertrag

Die anderen EU-Mitglieder werden also nach Erhalt der Vorschläge am Mittwoch gerade mal zwei Tage Zeit für eine Reaktion haben. Sie seien «fest entschlossen», die Entscheidung auf dem EU-Gipfel herbeizuführen, meinte auch Bundeskanzlerin Merkel. Und dabei handelt es sich keineswegs um Detailfragen: Der Vertrag von Lissabon, also das Grundgesetz der Europäischen Union, soll in wichtigen Teilen neu formuliert werden, um künftige Finanzkrisen innerhalb Europas zu vermeiden.

Der Schlüssel dazu ist die Kontrolle der nationalen Haushalte. Jedes Land soll sich in nationalen Gesetzen oder gar der Verfassung auf eine «goldene Regel» verpflichten. Budgetdefizite von mehr als drei Prozent sollen darin



Rettenungsplan ausgefeilt: Angela Merkel und Nicolas Sarkozy treten in Paris vor die Medien.

Bild Keystone

ausdrücklich untersagt werden. Diese Vertragsrevision steht gemäss Sarkozy allen 27 EU-Mitgliedern offen. Frankreich und Deutschland wollen auf jeden Fall vorangehen; wenn ein Land – gemeint ist vor allem Grossbritannien – nicht mitmachen sollte, werde man eben unter den 17 Staaten der Eurozone allein handeln. Und dagegen haben London oder Stockholm keine Handhabe.

### Automatische Sanktionen

Bei Nichteinhaltung der Budgetregeln sehen Merkel und Sarkozy ausdrücklich Sanktionen vor. Darauf hatte die deutsche Seite gedrängt, und zwar mit dem Argument, dass die Maastrichter Kriterien von 1997 bereits ähnliche Defizitregeln enthalten, ohne dass dies aber die aktuelle Schuldenkrise verhindert hätte. Deshalb setzte Berlin jetzt «automatische» Sanktionen durch. Voraussetzung ist allerdings eine Abstimmung

im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit.

Sarkozy hatte eine Kontrolle der nationalen Haushalte durch Brüssel zuerst abgelehnt, da er darin einen Verstoß gegen die nationale Souveränität sieht. Nun kann der Europäische Gerichtshof in Luxemburg die Nichteinhaltung der «goldenen Regel» durch einzelne Länder anprangern. Er erhält aber nicht die Kompetenz, überbordende Budgets zu kippen.

### Berlin wollte noch weiter gehen

Ursprünglich wollte Merkel, dass die EU-Kommission – zum Beispiel über einen neu zu ernennenden «Superkommissar» – direkt Einfluss auf die Bildung der nationalen Haushaltsentwürfe nehmen kann. Umgekehrt setzte sie sich mit zwei Forderungen durch: Die Eurobonds sind, wie auch Sarkozy einräumte, nicht mehr Gegenstand von Diskussionen. Und die Unabhängigkeit der Europäischen

Zentralbank (EZB) wird ebenso wenig angetastet.

Die Kanzlerin nahm auch gleich die Kritik vorweg, dass sie und Sarkozy kleinere EU-Mitglieder übergehen würden. «Wir werden natürlich auch mir dem Europaparlament sprechen und ihm mitteilen, wie wir uns das vorstellen», sagte Merkel. Aber mitentscheiden kann das Parlament nicht. Dafür fehlt die Zeit. Wie sehr sie drängt, machte auch Sarkozy klar, indem er erklärte, der Nachfolger des provisorischen Rettungsschirms EFSF, der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), solle nicht wie geplant 2013, sondern schon Ende kommenden Jahres in Kraft treten. Die Regierungen der 17 Euroländer sowie interessierte EU-Länder sollen sich zudem künftig monatlich treffen. Das klingt schon stark nach der Wirtschaftsregierung, die Sarkozy der EU gegen deutschen Widerstand seit geraumer Zeit aufzudrängen versucht.